

Nummer 1

Roter Oktober 1994

# SPUTNIK

Zentralorgan der Fachschaftsvertretung Soziologie/SoWi

**ErstsemesterInnen-Info**  
**WiSe 1994/'95**



**Ersti-Ausflug mit der Fachschaft Soziologie**

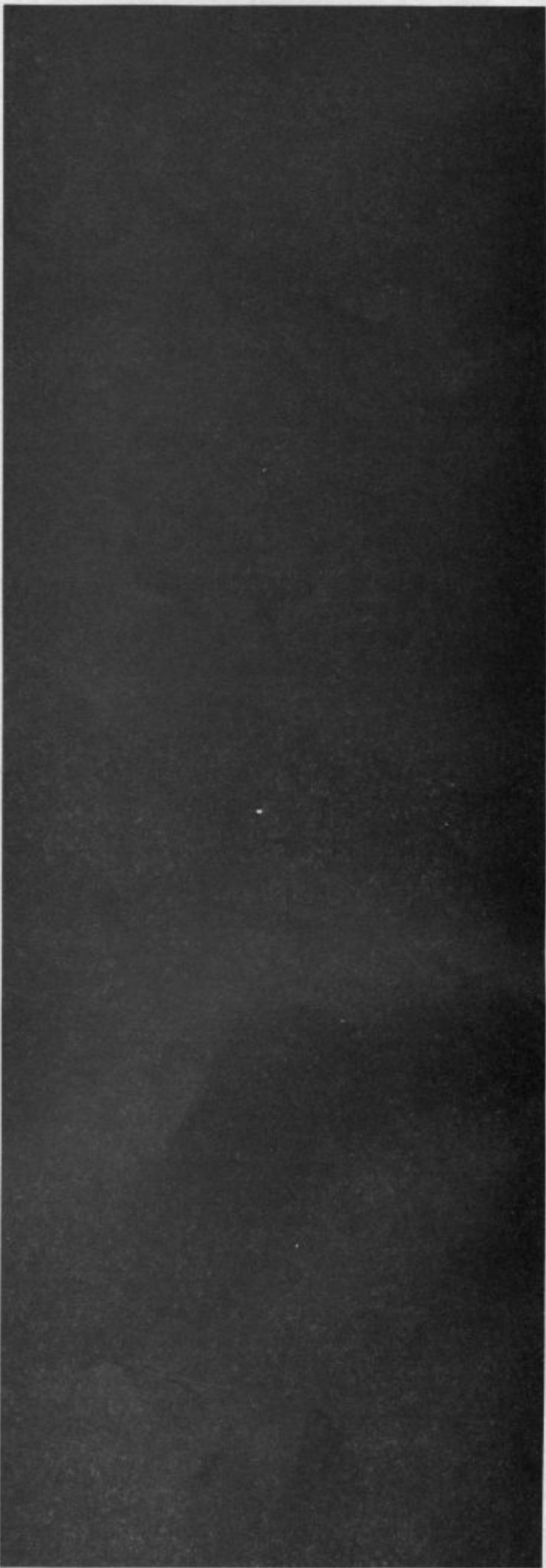
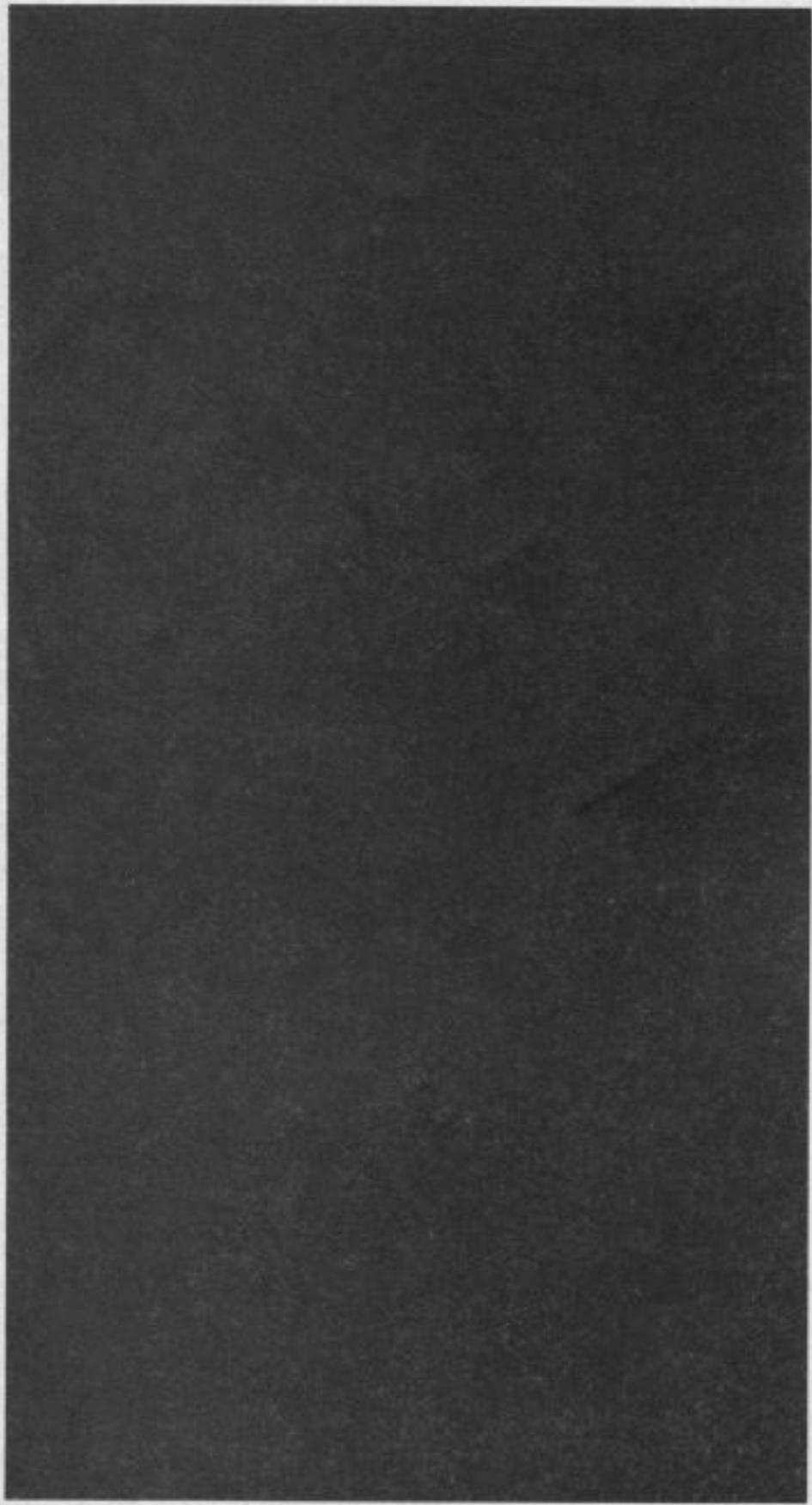
In dieser Sputnik sollten eigentlich zwei Seiten Dokumentation zur Flüchtlings- und Asylpolitik des Bundes und der Länder sowie eine Seite mit Informationen über den Infoladen "Bankrott" erscheinen.

Laut einem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 6.9.1994 ist es der Studierendenschaft in Zukunft untersagt, politische Erklärungen, Forderungen oder Stellungnahmen abzugeben, die nicht unmittelbar und spezifisch hochschulbezogen sind. Für Verstöße wird ein Ordnungsgeld von bis zu 500.000,- DM angedroht.

Dieser Beschluß verbietet uns nicht nur die direkte Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats, sondern darüber hinaus auch die Dokumentation von allgemeinpolitischen Themen wie z.B. Asyl. Damit wird der Studierendenschaft in Münster eines ihrer gesetzlich garantierten Rechte aberkannt.

Stellvertretend für die oben genannten Seiten bleibt der Rest dieser Seite deshalb schwarz. Wendet euch an die Fachschaft Soziologie, die euch nähere Infos geben kann.

ASTA Uni Münster, September 1994



# SPUTNIK

Zentralorgan der Fachschaft Soziologie/SoWi

## Hey! Was ist denn SPUTNIK-ZENSIERT? Eine neue Zeitung? Vielleicht...

Euch sind sicher die Seiten 12, 15 und 16 in dieser Ausgabe der SPUTNIK aufgefallen: Eine Seite vom AStA geschwärzt, die beiden anderen gelb - sonst nix! Ist der Fachschaft Soziologie nix mehr eingefallen? **Doch!!! Und was, das reichen wir Euch in dieser Beilage nach, da wir dafür unseren Etat nicht mehr anrühren dürfen!**

Bisher war es möglich, im Zuge der "politischen Bildung" und "Förderung der aktiven Toleranz", (Universitätsgesetz UG des Landes NRW von 1993, vormals Wissenschaftliches Hochschulgesetz NRW WissHG), Artikel in Studierendenzeitschriften zu veröffentlichen, die gesellschaftlich relevante Themen behandeln. Diese Veröffentlichungen sind nicht nur rechtlich gedeckt durch dieses UG, sondern als Aufgabe studentischer Gremien vorgeschrieben! Jetzt hat jedoch das Oberverwaltungsgericht des Landes NRW (Sitz in Münster!) bzw. drei Richter des 25. Senats festgestellt, daß das UG mit Bundesgesetzen (Hochschulrahmengesetz HRG) kollidieren soll. Da Bundesgesetze vor Landesgesetzen Gültigkeit haben, setzen erstere letztere außer Kraft! "Na und!" werden manche von Euch sagen, "das ist halt die Demokratie!" Aber könnt Ihr Euch vorstellen, daß diese Entwicklung auf eine einzige Klage eines Studierenden in Münster zurückgeht, und daß jetzt die Studierenden, ähnlich wie vorher nur in Bayern und Baden-Württemberg, das Maul nicht mehr aufmachen dürfen???

### Zur Geschichte eines Maulkorbs

Dieser Konflikt zwischen UG und HRG geht auf bildungspolitische Auseinandersetzungen im Reform-Jahrzehnt, den Siebziger, zurück:

Studierende demonstrierten zu Beginn der 60er Jahre gegen den Mauerbau in der DDR. Mit Ausnahme der faschistischen Burschenschaften in den 30er Jahren und später äußerten sich erstmals Studierende "einmütig" zu Themen, die nicht "unmittelbar und spezifisch mit der Hochschule zu tun haben" (OVG NRW 1994). Da aber der politische Mainstream in der BRD gegen Mauerbau und Sozialismus war, wurden die studentischen Proteste "gern" gesehen. Sie zeugten ja von demokratischem Bewußtsein und politischem Interesse bei den jungen BundesbürgerInnen in der noch nicht so stark gefestigten Demokratie...

Als dann aber die 68er losmarschierten - sie marschierten bis ca. 1974, z.B. durch die Institutionen auch länger - suchte das Establishment nach Wegen,

die vormals "demokratischen", jetzt aber "staatsfeindlichen" Äußerungen der Studierendenschaften zu verhindern. So entstand das HRG, welches den Studierenden "Hochschulpolitik" zugesteht, eine "Wahrnehmung des Allgemeinpolitischen Mandats" (HRG) jedoch verbietet: Aus POLITIK wurde Hochschulpolitikchen und Allgemeinpolitikchen - eine künstliche Trennung angesichts der Tatsache, welche Rolle die Hochschule in der Gesellschaft einnehmen sollte!!!

Einige Länder, z.B. Bayern und BaWü legten das HRG von Anfang an restriktiv aus und setzten es durch entsprechend formulierte Landesgesetze um mit der Folge, daß die sog. Süd-ASten an den Unis und FHen abgeschafft wurden. In Ländern wie Bremen oder Berlin wurden die Bundesgesetze etwas "politikfreundlicher" ausgelegt: Dort durften sich die Studierenden anders als nur durch SCHWEIGEN zu politischen Themen äußern!

In NRW schrieb wie gesagt das WissHG bzw. seit 1993 das UG den Studierenden vor, auf das "Allgemeinpolitische Mandat" zu verzichten, jedoch zu Bildungszwecken ein wenig Allgemeinpolitik zu betreiben. Die ASten hier blieben erhalten und bieten bis heute z.T. wertvolle Strukturen für eine kritische Politik "von unten". Aber damit soll jetzt Schluß sein!

### Aufbruch, Widerstand...

Alles begann damit, daß ein durchgeknallter Jurastudent im ca. 35. Semester seinen Lebensunterhalt damit bestreitet, in dem er für irgendwelche stockkonservativen Interessen bzw. Verbände Prozesse gegen die Studierendenschaft der Uni führt, z.B. gegen das Semesterticket, aber auch gegen sog. allgemeinpolitische Veröffentlichungen! Um den AStA und damit uns Studierende mundtot zu machen, klagte er vor dem OVG Münster einen Maulkorb ein! Die Frage ist: Wer ist im Superwahljahr 1994, aber auch davor und danach interessiert daran, daß sich ein linker AStA oder eine linke Fachschaft nicht mehr wie bisher zu Themen äußern kann, die nicht "unmittelbar und spezifisch mit der Hochschule" zu tun haben? Wer will uns die Rede- und Meinungsfreiheit nehmen und das ökologisch sinnvolle Semesterticket kippen? Wer will ganz offen eine Zensur von studentischen Gremien? Fragen an diesen Idioten über das von ihm gegründete "Institut für Hochschulrecht - Zentrum für Semesterticketforschung", Am Breul 16, 48143 Münster. Dieser Tip ist von der "Linken Liste Sputnik", der Fachschaftsliste in der Soziologie!

## Thema: Flüchtlinge und Asyl

Auf den folgenden zwei Seiten dokumentieren und unterstützen wir eine Anzeigenkampagne des münsteraner "Bündnis gegen Abschiebung und restriktive Flüchtlingspolitik" anlässlich des Tags des Flüchtlings am 1. Oktober. Nicht zur Belehrung, sondern um Aufmerksamkeit zu erzeugen und um für Mitarbeit oder Spenden zu werben wurden authentische Fallbeispiele beschrieben, in denen die verschiedenen Fluchtursachen allzu deutlich werden sollen.

### Menschen fliehen vor dem Krieg Doch Bund und Land schieben ab

Naim S. floh im August 1993 aus dem Kosovo, nachdem er den Einberufungsbe-  
fehl der serbischen Armee erhalten hatte. Naim wollte weder selbst für einen  
sinnlosen Krieg sterben, noch Menschen für diesen Krieg töten.  
Er floh in die Bundesrepublik Deutschland. Jetzt soll er abgeschoben werden. Im  
Kosovo drohen ihm Gefängnishaft und Tod. Auf Desertion steht dort noch immer  
die Todesstrafe.

Naim S. ist kein Einzelfall. In der Türkei z.B. werden türkische Kriegsgegner  
bereits inhaftiert, wenn sie öffentlich zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.  
Unsere Solidarität gehört diesen Männern, die wissen, daß nicht Feigheit, sondern  
Mut und Verantwortung dazu gehört, sich dem Krieg und den Befehlen zum  
Morden zu verweigern.

Seit 1945 starben circa 30 Millionen Menschen in Kriegen oder an dessen unmit-  
telbaren Folgen. 2/3 aller Opfer waren Zivilpersonen. Die Zahl der Kriege nimmt  
beständig zu. Viele Kriege werden erst mit Waffen aus den reichen Industrielän-  
dern möglich. Allein Deutschland hat 1992 für 3,1 Milliarden DM Waffen in alle  
Welt verkauft und ist damit drittgrößter Waffenexporteur, bei großkalibrigen Ar-  
tilleriesystemen und Raketen sogar Weltmarktführer. Im Januar beschloß die  
bundesdeutsche Regierung eine weitere Lockerung der Rüstungsexporte.

Während die Bundesregierung einerseits den Krieg im ehemaligen Jugoslawien  
verurteilt, droht sie zugleich Deserteuren mit der Abschiebung und führt sie durch-  
zurück zu den Greueln des Krieges, an denen sie sich geweigert haben, teilzu-  
nehmen.

#### Fluchtursachen bekämpfen:

Rüstungsexporte verbieten - Deserteuren Asyl gewähren!

**Wiederherstellung des Rechts auf politisches Asyl!  
Keine Abschiebung - Flüchtlinge schützen!**

### Menschen fliehen vor Elend und Umweltzerstörung Doch Bund und Land schieben ab

Claudia E. engagierte sich im "Movimento em Defesa da Vida". Die "Bewegung  
zur Verteidigung des Lebens" kämpft in Nordbrasilien gegen ein Großprojekt des  
staatlichen Elektrizitätskonzerns Eletronorte - 27 Staueisen und Kraftwerke auf  
2430 qkm. Für den Bau des ersten Wasserkraftwerks Tucuruí wurden 4300 Klein-  
bauernfamilien vertrieben. Claudia E. erhielt wegen ihres politischen Engagements  
mehrfach Morddrohungen. Sie floh nach Deutschland und beantragte hier Asyl. Ihr  
Antrag wurde abgelehnt, sie wurde im Februar 94 abgeschoben.  
In ihrer Heimatstadt Belem wurde sie im Mai von Unbekannten erschossen.

Jeder siebte Dollar, den die Weltbank ausgibt, geht heute in profitträchtige Projek-  
te, bei denen Menschen vertrieben werden. In Bangladesch finanziert die Weltbank  
einen Flutaktionsplan. Für rund 16 Milliarden DM sollen auf 4000 km Deiche und  
Polder gebaut werden. Die Bundesrepublik ist an diesem Projekt zu 20 % mit deut-  
schen Steuergeldern beteiligt. Die Deiche trocknen ganze Landstriche aus und rau-  
ben den Bewohnern ein Hauptnahrungsmittel: Fisch. Stattdessen unterstützt das  
Projekt Fischfarmen für den Export, auch nach Europa. Für das Anlegen der riesi-  
gen Flutpolder müssen über 4 Millionen Menschen umgesiedelt werden.

Derartige Projekte tragen zur weiteren Verschuldung der Entwicklungsländer auf  
inzwischen 1,45 Billionen Dollar bei. Dabei geht es immer um den Maximalprofit  
einer handvoll internationaler Konzerne. Auf weltweit 500 Millionen schätzt das  
Internationale Rote Kreuz die aktuelle Zahl der Umweltflüchtlinge.

Immer mehr Menschen wehren sich gegen die zunehmende Zerstörung ihrer  
Lebensgrundlagen und müssen dafür häufig mit Verfolgung und Tod rechnen.

#### Fluchtursachen bekämpfen:

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen - für eine gerechte Weltwirtschaft!

**Wiederherstellung des Rechts auf politisches Asyl!  
Keine Abschiebung - Flüchtlinge schützen!**

## Menschen fliehen vor deutschen Minen Doch Bund und Land schieben ab

Cürmac A., 12 Jahre aus Türkisch-Kurdistan: "Es war gegen neun Uhr morgens Ich trieb meine Herde auf die Weide. Auf dem Boden entdeckte ich einen Gegenstand. Ich wurde neugierig und wollte ihn in die Hand nehmen. In diesem Moment explodierte er. Mein Arm blutete schrecklich. Bei der Operation amputierten die Ärzte meine durch die Minenexplosion zerstörte Hand."

Im Zuge der Vertreibungspolitik gegen die kurdische Landbevölkerung im Südosten der Türkei vermint das türkische Militär Felder, Dörfer und deren Zufahrtswege. Unzählige Familien, ganze Dörfer müssen ihre Heimat ohne Aussicht auf Rückkehr verlassen. Ihre Felder zu bebauen und ihre Kinder spielen zu lassen, ist in den betroffenen Gebieten nur noch unter Lebensgefahr möglich. Verstärkt werden 'leistungsstärkere', sogenannte "intelligente" Minen mit zielsuchenden Sensoren-Systemen verwendet sowie Kleinminen, die beim Anfassen den betroffenen Körperteil zerteilen. Als Spielzeuge und Gebrauchsgegenstände getarnt machen sie insbesondere Kinder zu lebenslang Behinderten.

"Intelligente" Minen bezieht die Türkei vor allem aus Westeuropa. Deutsche Minenhersteller sind die "Raketeten Technik Gesellschaft" (RTG) in Unterhaching, die "Diehl GmbH & Co" in Nürnberg und "Dynamit Nobel" in Troisdorf.

Durch deutsche Minen werden Familien und Kinder aus ihrer Heimat vertrieben und zur Flucht gezwungen. Sie verlieren Angehörige und Freunde, ihre Heimat und ihren Lebensunterhalt. Doch statt ihnen hier Asyl zu gewähren, wird es ihnen durch eine unmenschliche Flüchtlingspolitik verwehrt - eine Politik, die sich nicht schert, Familien auseinanderzureißen und auch Kinder als eine "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" abzuschleiben.

**Fluchtursachen bekämpfen:**  
Minenproduktion verbieten - Vertreibungspolitik verurteilen!

**Wiederherstellung des Rechts auf politisches Asyl!  
Keine Abschiebung - Flüchtlinge schützen!**

## Menschen fliehen vor staatlichem Terror Doch Bund und Land schieben ab

Mohammed A. verließ 1990 Kurdistan, nachdem seine Familie ermordet wurde. Grund für den Mord war seine Aktivität im kurdischen Befreiungskampf. Er beantragte in der Bundesrepublik Asyl. Sein Asylantrag wurde abgelehnt und seine Abschiebung veranlaßt.  
Am Flughafen in Istanbul wurde er verhaftet, kurze Zeit später ermordet.

Verhaftung, Folter und Mord gegenüber Oppositionellen sind in der Türkei an der Tagesordnung, auch im angeblich sicheren Westen des Landes.

*Konkrete Lösungsvorschläge zur Beendigung des Krieges in Türkisch-Kurdistan wurden auf der internationalen Nordwest-Kurdistan Konferenz (Brüssel, März 93) entwickelt. Diese Friedensvorschläge wurden von allen kurdischen Organisationen, einschließlich der PKK, angenommen. Ausschließlich die türkische Regierung setzt weiterhin auf eine militärische 'Lösung' und lehnt Verhandlungen ab.*

Rückendeckung erhält die türkische Regierung durch militärische, wirtschaftliche, aber auch politische Hilfe aus der Bundesrepublik. In Deutschland wurden kurdische Organisationen und auch Veranstaltungen, Demonstrationen und Feste von Kurdinnen und Kurden verboten, politisches und kulturelles Engagement mit Strafverfolgung und Abschiebung bedroht.

Weltweit sind über 5000 deutsche Militär- und Polizeiberater, auch aus der Polizeiführungsakademie in Hiltrup, vor allem in diktatorischen Staaten im Einsatz. In diesen Ländern werden durch Polizei und Militär Oppositionelle ermordet, gefoltert und zur Flucht gezwungen. Allein in den Jahren 91-93 lieferte die Bundesrepublik für rund 200 Millionen DM Ausstattungshilfe für Polizei und Militär in 36 Länder. Mit derartigen Hilfen sollen demokratische Befreiungsbewegungen wie in Kurdistan unterdrückt und Folterregime unterstützt werden.

**Fluchtursachen bekämpfen:**  
Keine militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe an Militärregime!

**Wiederherstellung des Rechts auf politisches Asyl!  
Keine Abschiebung - Flüchtlinge schützen!**

Spenden an:

Bündnis gegen Abschiebung, Stichwort "Anzeige"  
c/o Holger Schulz  
Stadtsparkasse Münster (BLZ 40050150)  
Kto.Nr. 180061905



# BANKROTT



Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster

AK Kurdistan, Villa Kunterbunt, AnArchiv, Infogruppe Bankrott, ANTIFA MS, Die Unregierbaren...

Liebe Leute!

Wir haben einen neuen Infoladen! Der Laden wird von mehreren Gruppen aus Münster getragen/gemacht/genutzt...

Unsere neue Adresse: Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster. Öffnungszeiten sind ab Mitte Oktober 94: Mo., Di., Do. & Fr. jeweils ab 19 Uhr. Während des Semesters findet Ihr unseren Infotisch außerdem u.a. mittwochs ab 19.30 Uhr im FaRat-Cafe, Scharnhorststr.103, Münster.

Wer uns jetzt schon besuchen möchte, kann das dienstags (AK Kurdistan) und donnerstags (offenes Ladenplenum) ab 20 Uhr tun. Telefon gibts auch bald.

Folgende Gruppen sind über unser Postfach zu erreichen: *Arbeitskreis Kurdistan, Antifagruppe, Infogruppe Bankrott, AnArchiv am Breul, Die Unregierbaren - Autonome Liste OG MS, Otti-Botti/Villa Kunterbunt.*

Ganz kurz, was überhaupt ein Infoladen ist:

Wir von der Ladengruppe wollen ein Forum für libertäre und alternative Zeitungen bilden, die Nachrichten veröffentlichen, die von den bürgerlichen Medien unterdrückt und verfälscht werden. Wir wollen die Idee einer anarchistischen Gesellschaft verbreiten!

## Bijî Azadî!

Freiheit für Kurdistan!

-32seitige Broschüre von StudentInnen, die 1992 und 1993 an Delegationsreisen nach Nord-West-Kurdistan teilnahmen.



Inhalt: Bericht über eine Delegationsreise/ Einlenken oder Umdenken?-Die Arbeiterpartei Kurdistans am Scheideweg/ "Widerstand heißt leben!"-Kampf in den Knästen/ Das GAP-Projekt/ "Kein Gott! Kein Staat! Kein Vaterland!"/ Die Zeitung "ÖZGÜR GÜNDEM"/ Der Krieg in Kurdistan und die deutsche Öffentlichkeit/ Die deutsch-türk. Wirtschaftsbeziehungen/ Die Studierenden in Kurdistan und das türk. Hochschulsystem/ "Es gibt wichtigere Fragen als die akademischen!"/ "Gott, Domestos-türk und die Fliegen"/ Repression in der Türkei  
Ein Exemplar kostet nur noch 3 DM in Briefmarken, jedes weitere Exemplar 1DM bar und im Voraus!  
Kontakt- und Bestelladresse: Bijî Azadî! c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster.

BREUL-TIBUS-SOLI

Tequila Girls/Klaus der Geiger  
Die Schweine/Kommerzinfarkt

**BANDS:** ★

Für den Erhalt  
der abrißbedrohten Häuser  
Breul & Tibustrasse Münster

Seite 1:  
Tequila Girls (Schweden): *harbour of clash*  
Klaus der Geiger (Köln): *Das Schwein*  
Die Schweine (Osnabrück): *Philosophenlied*  
Kommerzinfarkt (Bochum): *Rassistischer Herbst*  
*Ignorant*  
Klaus der Geiger: *Lust auf Leben*  
Tequila Girls: *C'mon world*  
*Raggle taggle Gipsy*

Seite 2:  
Klaus der Geiger: *Ich verscherble alles*  
Die Schweine: *Begott*  
Geheimnis KR@AKE (Münster): *Needletown*  
Spekulantenjagd (Münster): *Klobbe für Wobbe*  
L. Beck Dead (Bochum): *Resident Hockey*  
Sista (Münster): *Speß*  
Alien Nation (Münster): *Love is blind*

Dieser Sampler ist eine Zusammenstellung einiger Gassenhauer von Bands, die auf den Breul - Straßenfesten bzw. Breul-Tibus-Solikonkonzerten gespielt haben

Die Breul - Solicassette (60 Min.) kostet 10 DM (& 3 DM Porto) & ist erhältlich im Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster. Der Erlös dient zur Deckung von Prozesskosten.

Nummer 1

März und April 1995

# SPUTNIK

Zentralorgan der Fachschaftsvertretung Soziologie/SoWi



**San Cristóbal de las Casas, 3. Januar 1994:  
Zapatistischer Guerillero beim  
revolutionären Einkauf.**

# Die erste SPUTNIK im SoSe 1995 ist da!

## Liebe ErstsemesterInnen, Liebe Stammkundschaft!

Auf der gegenüberliegenden Seite seht Ihr das Impressum und das Inhaltsverzeichnis der letzten, nicht erschienenen SPUTNIK-Ausgabe des Wintersemesters als Dokumentation. Seit dem OVG-Beschluß vom September letzten Jahres (Maulkorberlaß gegen Studierendenschaften!) gibt es für uns immer wieder erhebliche Probleme u.a. mit dem AStA-Finanzreferat, das unseren Etat verwaltet und unsere Publikationen zensiert. Der Beschluß verbietet uns Studierenden, unsere Finanzmittel für die Arbeit zu sog. allgemeinpolitischen Themen auszugeben. Wir machen das natürlich trotzdem, da wir die Trennung von sog. Hochschulpolitik und sog. allgemeinpolitischen Themen für hirnrissig halten! Das gibt dann natürlich immer wieder Ärger, was dazu führt, daß unsere Zeitungen zensiert

Liebe Grüße,  
die studentische Meinungsfreiheits-  
selbstbeschränkungsstelle

Ihr habt geglaubt, an der Uni geht alles? Weit gefehlt! Neulich kamen fünf sehr gut gekleidete Herren mit Schlapphut und Aktentasche in unsere aufgeräumte Fachschaft, und räumten auf! Ergebnis: Sie nahmen ein Plakat einer kurdischen Organisation mit und stellten eine Zeitschrift sowie ein Flugblatt sicher. Das Plakat, das den sechzehnjährigen Kurden Halim Dener zeigt, der vergangenes Jahr in Hannover beim Plakatieren von einem deutschen Polizisten erschossen wurde, und das an dieses Ereignis mahnend erinnerte, war der Anlaß für diesen Besuch. So wird in Münster auf die politisierte Studierendenschaft reagiert!

Unsere Semester-Abschluß-Party im Februar im Gleis 22 zu Ehren des zapatistischen Aufstandes in Chiapas, Mexico war ein Riesenküller! Die Zapatistas freuen sich sicher über den entrichteten Soli-Beitrag: Zweihundert- und fünfzig Mack für die gute Sache und das Wissen um internationale Solidarität.

Die sonst übliche Party im Institut wurde uns

leider vom Dekan verboten, aber wir sind für das neue Semester in guter Hoffnung...

**So! Herzlich Willkommen in Münster!** Seit Oktober ist die Stadt rot-grün, aber immer noch grau. Die BeamtInnen-Mentalität findet hier ein ruhiges Plätzchen, das ab und zu von Kirchenglockenkrach und Automief gestört wird. Sonntags an den Aasee mit Kind und Jogging-Schuh... Immerhin sind einige Kneipen ganz nett, z.B. das Forum. Und außerdem gibt es ja das FaRat-Café: Scharnhorststr. 103, hinter unserem Fachschaftsraum. Hier gibt es auch unser **Erstsemestertreffen: "Was soll ich denn in Münster?", am Mittwoch, 19. April 1995 um 19 Uhr!**

Wir haben auch dieses Semester wieder Beratungstermine für StudienanfängerInnen:

- Montag, 10. April  
- Dienstag, 11. April  
- Mittwoch, 12. April } jeweils von 12 bis 14 h  
in der Fachschaft Soz.!  
und außerdem unsere zentralen Info-Veranstaltungen:

- Dienstag, 11. April um 14 Uhr im Hörsaal SCH 6 (neben dem Fachschaftsraum) für Lehramt SoWi Sek. I und II und um 15 Uhr im gleichen Raum für Soziologie Magister Haupt- und Nebenfach.

Und jetzt viel Spaß beim Uni-Alltag, und denkt dran:

Das erste Semester ist zur Orientierung, also: viel Glück bei der Wohnungssuche!

**Eure Fachschaft Soziologie/SoWi**

### Inhaltsverzeichnis

Seite 2: Doku & Impressum  
Seite 3: Vorwort  
Seite 4: Magisterstudienordnung  
Haupt- und Nebenfach

Seite 5 - 6: Lehramtsstudienordnung  
Sek I & Sek II  
Seite 7: Die Karawane zieht weiter!  
Seite 8: Ausnahmezustand im Ruhrpott  
Seite 12: Auf der Mauer sitzt 'ne kleine Wanze...  
Seite 14: Sozialkritische Lyrik  
Seite 15: Bonner Kriegstreiber wirbeln über Bosnien -  
Tornados!

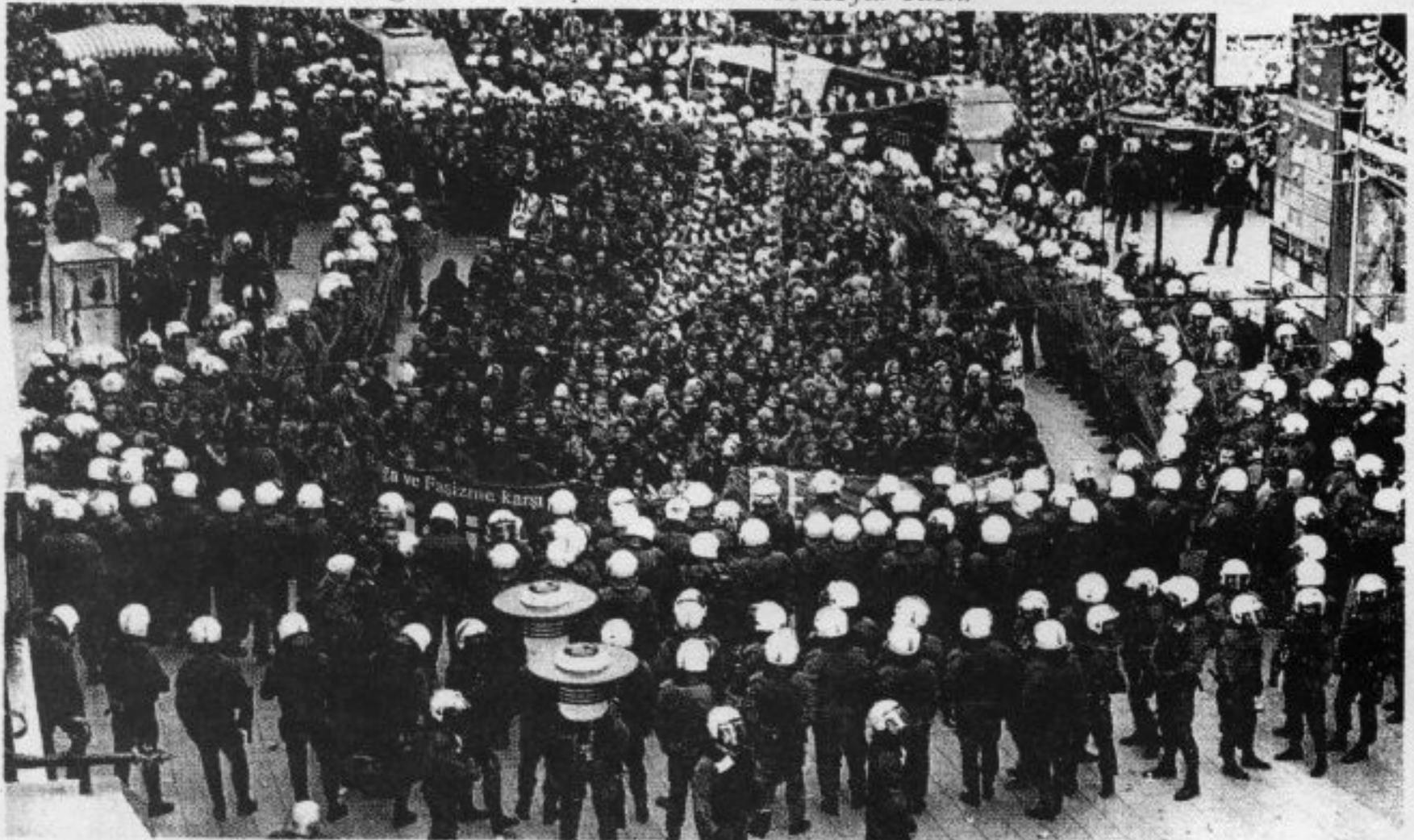
Seite 16: Angebot ohne Nachfrage?  
Seite 18: SoziologInnen wollen Diplom  
Bildung  
Seite 21: Dynamik der Starre  
Seite 22: Vivan los Zapatistas!  
Seite 27: Dokumentation: Kommunistenhatz in den  
50er/ 60er Jahren

Seite 31: Studiengruppen im SoSe 95 - geh hin da!  
Seite 32: final trash

## SPUTNIK AKTUELL: AUSNAHMEZUSTAND IM RUHRPOTT

*Rund 8000 Leute aus der ganzen Republik waren Anfang Dezember ins Ruhrgebiet gekommen, um dort für "Innere Sicherheit" zu sorgen.*

*Am 9. Dezember kam es dann am Rande des Essener EU-Gipfels zu einer sonderbaren "Einschließung", in deren Folge mindestens 918 Menschen festgenommen wurden. Mit zwei der eigentlich nur "Festgehaltenen" sprach die SPUTNIK für euch.*



**Eingekesselt:** Die Polizei verhinderte am Samstag eine Demonstration von über 1000 Gipfelgegnern in Essen. waz-Bild: Frank Vinken

**SPUTNIK:** Da in den meisten öffentlichen Medien kaum über die Protestaktionen gegen den EU-Gipfel berichtet wurde, möchten wir gerne von Euch wissen, wie Ihr den Polizeieinsatz erlebt und warum ihr an der Gegendemonstration gegen das EU-Gipfeltreffen teilgenommen habt?

**Petzi:** Das hat viele Gründe. In erster Linie ging es uns darum, zu zeigen, daß es auch kritische Stimmen gegen das europäische Projekt des "freien Kapitalflusses" gibt. Von der Flüchtlings-bis zur

Bildungspolitik ist das eine Entwicklung, die wir ablehnen und gegen die wir Widerstand für notwendig halten.

**SPUTNIK:** Du sprichst die Hochschulpolitik an, das muß uns natürlich besonders interessieren.

**Petzi:** Ja, das ist auch interessant. Schließlich ist es der European Roundtable of Industries (ERT) der der EU die Vorgaben für ihre Bildungspolitik macht, und die kriegen wir dann natürlich auch hier konkret zu spüren. Daß wir in der Bildungspolitischen Debatte fast ausschließlich nur noch als Humankapital

und menschliche Ressourcen betrachtet werden haben wir nicht zu letzt dieser Institution zu verdanken.

**Christoph:** Der ERT hält z.B. die Geisteswissenschaften für nicht geeignet, die Menschen für das 21. Jhd. in Bezug auf Arbeitsmarkt ausreichend vorzubereiten. D.h., daß sich ihnen die Geisteswissenschaften zu sehr mit der Vergangenheit beschäftigen und so nicht produktiv für die Zukunft verwertet werden können.

**Petz:** Die Zukunft beginnt täglich, fällt mit dazu ein. is'n Werbeslogan von AEG Daimler Benz Industries. Ich will's mal auf den Punkt bringen, in dem ich sage: die EU ist böse, weil sie nur Verwertungsinteressen kennt und danach handelt.

**SPUTNIK:** Wie wirkt sich das denn konkret auf uns Studierende aus?

**Christoph:** Die Mittel für die Universitäten sollen in Zukunft nach verwertbaren Forschungsergebnissen verteilt werden. Das bedeutet speziell für Münster, wo die geisteswissenschaftlichen Studiengänge einen großen Teil der Uni ausmachen, daß der Etat für das laufende Jahr, trotz erneut gestiegener StudentInnenzahl, zurückgegangen ist. Das hab ich neulich noch in der MZ gelesen, das hat der Rektor selbst gesagt. Es ist angestrebt, daß die Fachbereiche stärker über Drittmittel finanziert werden sollen, die in größerem Umfang nur naturwissenschaftliche Institute erwirtschaften können.

**SPUTNIK:** O.k., das erfüllt das Hochschulpolitische Soll diese... Auf die Wirtschaftspolitik... nicht einzugehen, weil... LeserInnen sowieso... ist. Was gibt's noch...

**Christoph:** Bes... vor allem die sogenannte... Es geht hierbei nicht... ange selbst, sondern... großen wirts... me, die die... sollen.

... eigentlich noch grund... Das, was hier seit ein paar Jahren... dem Stichwort

"Harmonisierung" der Asylgesetze auf europäischer Ebene pas... institutionalisierter Rasse... von der Festung Europa... Wohnzimmer... male Realität. An... Grenze werden... tech- Person... spürt, das Asylrecht ist... und die Diskussion... Änderungsgesetz ist ja nicht... schland ein übler Witz. Ich... Europa ist böse.



**Christoph:** Daß Deserteure abgehoben werden und tausende von Menschen ihre zerstörte Heimat zurückgehen... diese hier teilweise bis... Knästen sitzen müsse... auch noch dafür zahl... doch, daß die hier... bereit sind über Leich... selbst noch aus dem... Geld herauspre... Politiker sprech... Demokratie. Freilich... Reichgewicht usw. Für... diese Schweine nichts... im Sinn haben. Des... für mich notwendig mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln

In dieser Ausgabe der Sputnik sind folgende Artikel der sog. Zensur zum Opfer gefallen:

Ausnahmezustand im Ruhrpott (10 & 11)  
Auf der Mauer sitzt ne kleine Wanze (12, 13, 30)  
Bonner Kriegstreiber wirbeln über Bosnien (15)  
Vivan Los Zapatistas ! (22 - 26)  
Weg mit dem KPD-Verbot ! (27 - 29)

Diejenigen, die dies als Zensur bezeichnen mögen, können sich gerne im Finanzreferat des AStA als Finanzreferent/in betätigen. Die zukünftige Koalition sucht z.Zt. noch eine/n aus dem Kreis der Verbal-Politiker/innen, die bereit sind, das OVG-Ordnungsgeld von bis zu 500.000,- DM und/oder eine Anklage wegen Veruntreuung studentischer Gelder auf sich zu nehmen. Bezeichnenderweise hat sich unter denjenigen, die am lautesten über die "studentische Meinungsfreiheitsselbstbeschränkungsstelle" schimpfen, noch niemand hierzu bereit erklärt.

Mit freundlichen Grüßen,  
IM Oberzensor

# SPUTNIK

UNZENSIERTUNZENSIERTUNZENSIERTUNZENSIERTUNZENSIERTUNZENSIERT  
Notwendige Beilage zur Nummer 1/ Sommersemester '95/ April '95

**Wenn ein AStA  
Massenmord und Folter  
anprangert,  
wird dies gerichtlich bestraft,  
weil es sich um  
allgemeinpolitische Äußerungen  
handelt**



**Wenn ein AStA  
zu Massenmord und Folter  
schweigt,  
ist das also keine  
allgemeinpolitische Äußerung?**

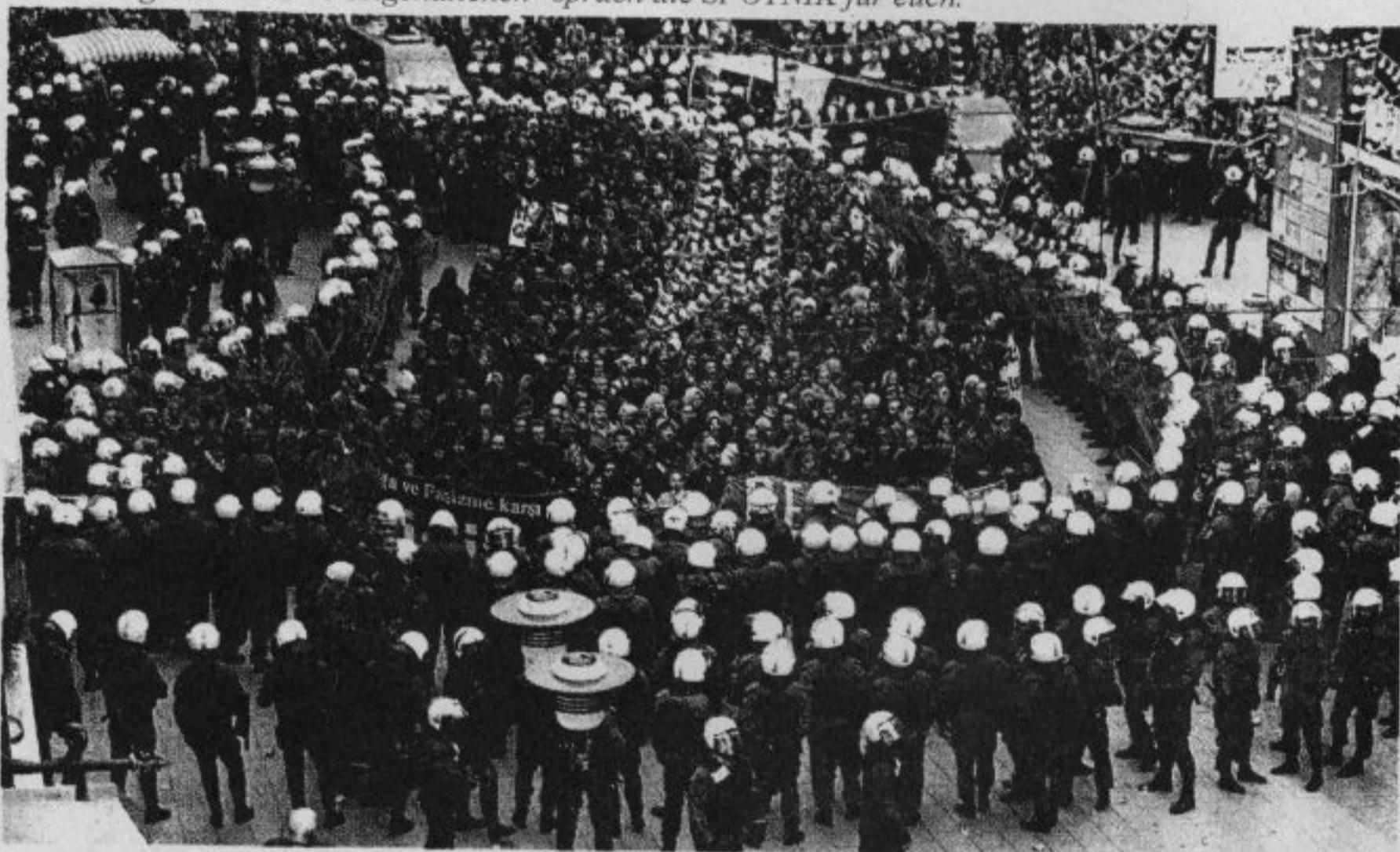
Zu den Geleitworten des Finanzreferenten (Text auf Seite 9 der zensierten SPUTNIK): Es ist bezeichnend, daß die Stoßrichtung der "Meinungsfreiheitsselbstbeschränkungsstelle" gegen unsere Fachschaft polemisiert, anstatt den Bann des Obergerichtes zu kritisieren. Unser Wille, "allgemeinpolitische" Inhalte zu behandeln, erscheint wie ein Scherz ungezogener Kinder; anders ist die persönliche Reaktion des selbsterklärten "IM Oberzensor" nicht zu erklären. Es kann einfach nicht angehen, daß hier aus persönlichem Sich-Angepißtfühlen nach unten weitergegeben wird, was von oben als Zensurmaßnahme verordnet ist. Wir betonen nochmal unser Interesse an einem gemeinsamen studentischen Vorgehen gegen die richterliche Unverschämtheit - vom AStA kommt in dieser Hinsicht leider nichts rüber. Daß sich der AStA fügt, heißt nicht, daß wir das auch tun. Daß sich außerdem nichts rührt und diese drohenden Strafmaßnahmen gegen das Politische auf die geballte Gleichgültigkeit der Hochschulangehörigen stößt, trifft nicht nur unser Unverständnis. Was hier für ein Verständnis von Hochschule und Gesellschaft herrscht, entspricht den Vorstellungen jener StandortstrategInnen, die auf der Suche nach verwertbarem Material hier ihre "menschlichen Ressourcen" abziehen. Das finden wir scheiße und wir werden uns weiter dagegen wehren.

*K. v. S. d. P. o. A. Strauß*  
☆

## SPUTNIK AKTUELL: AUSNAHMEZUSTAND IM RUHRPOTT

*Rund 8000 Bullen aus der ganzen Republik waren Anfang Dezember ins Ruhrgebiet gekommen, um dort für "Innere Sicherheit" zu sorgen.*

*Am 9. Dezember kam es dann am Rande des Essener EU-Gipfels zu einer sonderbaren "Einschließung", in deren Folge mindestens 918 Menschen festgenommen wurden. Mit zwei der eigentlich nur "Festgehaltenen" sprach die SPUTNIK für euch.*



**Eingekesselt:** Die Polizei verhinderte am Samstag eine Demonstration von über 1000 Gipfelgegnern in Essen. waz-Bild: Frank Vinken

**SPUTNIK:** Da in den meisten öffentlichen Medien kaum über die Protestaktionen gegen den EU-Gipfel berichtet wurde, möchten wir gerne von Euch wissen, wie Ihr den Polizeieinsatz erlebt und warum ihr an der Gegendemonstration gegen das EU-Gipfeltreffen teilgenommen habt?

**Petzi:** Das hat viele Gründe. In erster Linie ging es uns darum, zu zeigen, daß es auch kritische Stimmen gegen das europäische Projekt des "freien Kapitalflusses" gibt. Von der Flüchtlings-bis zur

Bildungspolitik ist das eine Entwicklung, die wir ablehnen und gegen die wir Widerstand für notwendig halten.

**SPUTNIK:** Du sprichst die Hochschulpolitik an, das muß uns natürlich besonders interessieren.

**Petzi:** Ja, das ist auch interessant. Schließlich ist es der European Roundtable of Industries (ERT) der der EU die Vorgaben für ihre Bildungspolitik macht, und die kriegen wir dann natürlich auch hier konkret zu spüren. Daß wir in der Bildungspolitischen Debatte fast ausschließlich nur noch als Humankapital

und menschliche Ressourcen betrachtet werden haben wir nicht zu letzt dieser Institution zu verdanken.

**Christoph:** Der ERT hält z.B. die Geisteswissenschaften für nicht geeignet, die Menschen für das 21. Jhd. in Bezug auf Arbeitsmarkt ausreichend vorzubereiten. D.h., daß sich ihnen die Geisteswissenschaften zu sehr mit der Vergangenheit beschäftigen und so nicht produktiv für die Zukunft verwertet werden können.

**Petz:** Die Zukunft beginnt täglich, fällt mit dazu ein, is'n Werbeslogan von AEG/Daimler Benz Industries. Ich will's mal auf den Punkt bringen, in dem ich sage: die EU ist böse, weil sie nur Verwertungsinteressen kennt und danach handelt.

**SPUTNIK:** Wie wirkt sich das denn konkret auf uns Studierende aus?

**Christoph:** Die Mittel für die Universitäten sollen in Zukunft nach verwertbaren Forschungsergebnissen verteilt werden. Das bedeutet speziell für Münster, wo die geisteswissenschaftlichen Studiengänge einen großen Teil der Uni ausmachen, daß der Etat für das laufende Jahr, trotz erneut gestiegener StudentInnenzahl, zurückgegangen ist. Das hab ich neulich noch in der MZ gelesen, das hat der Rektor selbst gesagt. Es ist angestrebt, daß die Fachbereiche stärker über Drittmittel finanziert werden sollen, die in größerem Umfang nur naturwissenschaftliche Institute erwirtschaften können.

**SPUTNIK:** O.k., das erfüllt das hochschulpolitische Soll dieses Interviews. Auf die Wirtschaftspolitik braucht ihr jetzt nicht einzugehen, weil der Großteil unserer LeserInnen sowieso sozialistisch gesinnt ist. Was gibt's noch für Kritik?

**Christoph:** Besonders heftig ist vor allem die sogenannte Flüchtlingspolitik. Es geht hierbei nicht um die Flüchtlinge selbst, sondern um die angeblich großen wirtschaftlichen Probleme, die die Flüchtlinge verursachen sollen.

**Petzi:** Ich seh das eigentlich noch grundsätzlicher. Das, was hier seit ein paar Jahren unter dem Stichwort

"Harmonisierung" der Asylgesetzgebung auf europäischer Ebene passiert, ist institutionalisierter Rassismus. Das Bild von der Festung Europa ist ja kein Wohnzimmerschmuck, sondern brutale Realität. An der deutschen Ostgrenze werden Flüchtlinge mit Hightech-Personenmeldern aufgespürt, das Asylrecht ist faktisch abgeschafft und die Diskussion über ein Einwanderungsgesetz ist ja nicht bloß in Deutschland ein übler Witz. Ich bleib dabei, Europa ist böse.



**Christoph:** Daß Deserteure abgeschoben werden und tausende von Menschen in ihre zerstörte Heimat zurückgeschickt werden, diese hier teilweise bis zu 18 Monaten in Knästen sitzen müssen und neuerdings auch noch dafür zahlen müssen, zeigt doch, daß die hier Herrschenden bereit sind über Leichen zu gehen und selbst noch aus den absoluten Verlierern Geld herauspressen wollen. Die Politiker sprechen dabei noch von Demokratie, Freiheit, sozialem Gleichgewicht usw. Für mich ist klar, daß diese Schweine nichts außer ihrer Profitgier im Sinn haben. Deshalb ist es für mich notwendig mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln

ihnen in die Suppe zu rotzen und ihnen das Leben so schwer und so teuer wie möglich zu machen.

**SPUTNIK:** Apropos Demokratie und Freiheit, wie war's denn im Kessel?

**SPUTNIK:** Ihr seit auch "mitgenommen" worden?

**Christoph:** Ja, wir wurden nach und nach in vom VRR (Verkehrsverbund Rhein Ruhr; Anm.d.Red.) geliehenen Bussen



Wegen einer Ordnungswidrigkeit erfolgt die "größte Massenfestnahme der Nachkriegszeit".

**Petzi:** Ach, atmosphärisch ist es ja immer ganz nett, mit so vielen Gleichgesinnten auf engem Raum. Die Umstände, jetzt also wörtlich, drei Reihen umstehende Bullen, waren allerdings weniger gemütlich.

Besonders unangenehm wurde es, als die nach drei Stunden anfangen, den Kessel von allen Seiten zusammenzuquetschen und einzelne Leute und Gruppen rauszuziehen. Schilder und Knüppel sind da ja auch nicht gerade die einfühlsamsten Mittel.

**SPUTNIK:** Kam es denn zu Ausschreitungen?

**Christoph:** Die Leute, mit denen wir da waren, und wir selbst hatten Glück. Aber inzwischen ist bekannt geworden, daß es zahlreiche verletzte DemonstrantInnen gegeben hat. Viele Frauen wurden an den Haaren gerissen, vor allem ausländische Demonstrantinnen wurden geschlagen und getreten. Daß ärztliche Versorgung den Verletzten ersteinmal nicht zukam, ist inzwischen ja Demo-Alltag in Deutschland geworden.

abtransportiert. Die Bullen hatten nicht genug eigene Fahrzeuge für mindestens 900 Chaoten. Bevor wir in die Busse einsteigen durften, es regnete schon seit zwei Stunden, wurden wir noch gefilzt und dann mit Einweg-Plastikschellen hinterm Rücken gefesselt.

**SPUTNIK:** Sagt mal, gibt es eigentlich auch Pfhandschellen?

**Petzi:** Ja, aber nur aus Hanf, Hanfschellen sozusagen, aber da stets mit der Verbreitung noch nicht so zum Besten. Wären die aus Hopfen und Malz, gäb's in diesem Kulturkreis wohl keine Probleme damit. Davon mal abgesehen, wird im Moment das Demo-Verbot erneut juristisch überprüft. Sowohl der Kessel als auch die vier Stunden in Polizeigewahrsam im Anschluß daran sind ja auch unabhängig von Verbot oder Nicht-Verbot nicht unumstritten. Die "eindeutigen Hinweise" auf Gewalttaten, die das Verbot noch nicht einmal rechtfertigen würden, auch nach geltender Rechtsprechung nicht, siehe Brokdorf-Urteil vom BVG,

waren je auch eher auf die leicht paranoiden Anwandlungen des Polizeipräsidenten zurückzuführen.  
**SPUTNIK:** Wieso das denn?



**Petzi:** "Holen wir die Sterne vom Himmel" war ja das Motto des ganzen Wochenendes, es gibt da in diesem Zusammenhang so eine blaue Flagge mit gelben Sternen drauf, ihr wißt schon. Der gute Polizeiobermeister sah darin eindeutig die Essener Lichtwochen, eine Weihnachtsbeleuchtung über der Fusszone, in akuter Gefahr.

**SPUTNIK:** Wie schätzt Ihr denn den politischen Erfolg des Gegengipfels ein?

**Christoph:** Erstmal bleibt natürlich der bittere Geschmack des Kessels. Wir müssen uns darum bemühen nicht in irgendeiner Form bestraft zu werden und uns überlegen, wie wir in Zukunft mit den immer häufiger ausgesprochenen Demo Verboten umgehen können.



Die Tendenz kritische Stimmen in diesem Land schon im Vorfeld zu unterbinden ist klar erkennbar und es ist ungeheuer

schwierig, gegen den Justiz-und Bullenapparat, der von den Politikern alle erdenkliche Unterstützung bekommt, die noch vorhandenen Grundrechte wie Versammlungsfreiheit und damit auch Demos durchzusetzen!

**Petzi:** Die spektakuläre Warenökonomie absorbiert alle nicht affirmativen Inhalte, das ist das Schlimme daran. Die Durchsetzung des Demonstrationsrechts war insofern ein Erfolg, daß aber ein Kessel heute keine Welle der Empörung mehr hervorruft, sondern die Berichte darüber nur noch die babylonische Lethargie bebildern und unsere Inhalte erstrecht nicht mehr rüber kommen ist, einfach die traurige und bittere Wirklichkeit. Einfach Kacke!!!

**SPUTNIK:** Wir danken uns für dieses Gespräch.



# Auf der Mauer sitzt 'ne kleine Wanze,...

## Kurze Geschichte des sogenannten Verbrechensbekämpfungsgesetzes

Am Anfang war die Statistik, dann kam das Kommando "Desinformation und Zermürbung" zum Zug, um den autoritären Volkscharakter zu nähren: simsalabim hielten zwei Drittel der Wessis und ein Viertel der Osis schärfere Gesetze für nötig. Wie man sowas anstellt? Zunächst ist auf das deutsche law & order-Syndrom Verlaß, dann nimmt man (wie letztes Jahr geschehen) die Schadenssumme der organisierten Kriminalität, packt den Co Op-Veruntreuungsfall mit hinein und verdoppelt so die Verlustsumme. Zu schweigen von den Gimmiks der sogenannten Ausländerkriminalität, in die alles einfließt, was der Durchschnittsmichel auch schon mal anstellt, nur eben, daß der Makel, Fremder zu sein, den Staatsheriffs ein gefundenes Fressen ist.

Kohls Scharfmacher Kanther hatte einen Traum. Bullen und Schlapphüte sollten sich gegenseitig befruchten, sprich: geheimdienstliches Material aus der BRD der Polizei zur Strafverfolgung überlassen, denn bei den so einer Telefonüberwachung (Spitzenwert: 37000 Gespräche) fällt ja immer mal was an ("*Kennste schon den Fahrkartenautomaten, der umsonst die Karten ausspuckt?*"). Mit Straffälligen sollte kurzer Prozeß gemacht werden, ach, und süßer noch sein Traum, Verdächtige am besten bis zur Hauptverhandlung einbuchen. Für 18-20-Jährige sollte das Erwachsenenstrafrecht gelten, ja, 15 Jahre sollen die Racker schon mal in Staatskunde nachsitzen dürfen. Dann träumte ihm alb, das Gespenst, das einst in Europa umging, materialisierte sich auf den zahlreichen Demos dieser *Multi-Kulti-Startbahn Brockdorf-West-Extremisten* - da müßten sieben Tage Knast reichen, um sie zu brechen. Ach ja, und sollten sie keinen deutschen Paß haben - gleich raus damit. So richtig nett aber wahr die Sache mit der

verdeckten Ermittlung, Wanzen im Bett, in der Kloschüssel, in der Präserpackung - *Präserpackung?* Optische Überwachung! Manfred malte es sich aus, Manfred bekam einen echten Ständer, Manfred beschmutzte sich. Manfred wachte auf und betete drei Vater-Unser.

Dann fiel ihm wieder ein, was er geträumt, und er sah, es war gut. Schlich er sich auf's Klo, - , naja, neun Vater-Unser.

Im Bundestag erzählte er allen, was er geträumt hatte:

Erstens: Hauptverhandlungshaft - einsperren, ohne daß Verdunklungs oder Fluchtgefahr bestehen muß.

Zweitens: Die Höchststrafe für Jugendliche beträgt bloß zehn Jahre - warum macht man nicht einfach die 18 bis 20-Jährigen zu Erwachsenen im Sinne des Gesetzes?

Drittens: BND und BKA arbeiten zusammen, erstellen Schwarze Listen, machen Rasterfahndung und tauschen Abhörmaterial aus.

Viertens. Bundesweit wird das Unterbindungsgewahrsam eingeführt: bei "*Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung*" verfügt ein Richter oder eine Richterin den siebentägigen Aufenthalt im Karzer. Die Anwendung der UG-Haft wird vom Bundesgrenzschutz übernommen.

Fünftens: "*Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes in oder aus einer Wohnung*" wird vom Fall der "*Abwehr gegenwärtiger Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person*" entbunden: Abhör und optische Überwachung werden auf Verdacht angewendet.

Sechstens: Erkenntnisse der Überwachung kommen auf Anordnung der Behörde (BKA) in die Akte, also nicht durch richterliche Entscheidung.

Siebtens: Beweismittel in Prozessen werden nur begrenzt zugelassen.

Da ward ein großes Raunen im Saal. "Pfu!" schimpfte die Schnarri, aber ein Parteikollege beruhigte sie. "*An's Bankgeheimnis will er ja gar nicht.*" Zachert klatschte freudig in die Hände, "*Vorsorge für die künftige Verfolgung von Straftaten*" sei das, jawoll. So kann aus Zufallsfunden gezielte Suche werden, und überhaupt:

keine Maleste mehr mit den Lügenbolden auf der Wache, kein deutscher Polizist soll sich je wieder die Finger beim Foltern brechen - das geht jetzt alles mit Wanze,

Zeugnisverweigerungsrecht von Verwandten, Ärzten, Pfarrern, pah, weg damit! Spezialdemokrat Ulrich Maurer fiel auch was Schlaues ein: "Der präventive Eingriff ist nicht geringer als der repressive." So.

Für HansLudwig Zachert, BKA-Boß, ist der Lauschangriff die "einzige Möglichkeit, dem organisierten Verbrechen beizukommen." Als der noch was zu melden hatte, produzierte sich Engolm, es dürfe keine Verkürzung des Lauschangriffs geben, sein Thronfolger Ziege Scharping blökte dazu und ließ schwarz-grüne Kugeln fallen: kein "Schutz für Leute, die Konkret im Verdacht stehen, an organisierter Kriminalität beteiligt zu sein..." Herbert Schnoor, sein nordrhein-westfälischer Kompadre, gefiel das auch - entsprechend sah der Bundestagswahlkampf aus. Soviel zu den

dungsgewahrsams, daß mancher Nazi-Bande schon ein ruhiges Kameradschaftstreffen beschert hatte, während die Chaoten im Kerker hockten. Auch ging da den Bayern schon die Abhörung einer Wohnung locker von der Hand, wenn "Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß Verbrechen, gewerbs oder gewohnheitsmäßige Vergehen geplant werden." Aber bundesweit? War da nicht was in der Kladder da, "Grundgesetz" steht drauf, scheiße, die Wohnung ist ja unverletzlich, Artikel 13. Kann man aber bei Gefahr im Verzug oder Eilbedürftigkeit abschalten. Na, dann ist ja gut.

Daß in der BRD Festnahmen nur bis Ende des nächsten Tages dauern dürfen, läßt sich bestimmt auch ändern.

Horror ohne Grenzen. Nicht, daß mit 3499 Telefonüberwachungen zweiundzwanzigmal so oft gelauscht wurde wie in den USA, nicht, daß die Abhörung von Wohnungen in England etwa kaum Erfolg gebracht hat - die law & order-Fraktion aus CDU/CSU/SPD wollte mehr.

Zwei wirksame Mittel, nämlich die Freigabe von weichen und harten Drogen sowie die Abschaffung des Bankgeheimnisses waren nicht angesagt. Statt dessen wurde in bezug auf den Großen Lauschangriff mit einem strikten Verwertungsverbot der Daten gewedelt.

Der letzte Stand der Manny-Kanther-Horror-Show: vorläufig wird es wohl offiziell keine Wanzen in der Wohnung geben, Ermittler dürfen sich nicht an "milieubedingten" Straftaten beteiligen, der BND darf nicht in der BRD schnüffeln, für Verdächtige fällt die Haft bis zur Hauptverhandlung weg. Dafür werden Stafverfahren bei sog. einfachen Sachverhalten beschleunigt, die Kronzeugenregelung wird jetzt auch in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität eingeführt; Suchbegriffe, die als Abfall der internationalen Telefonüberwachung entstehen, werden durch richterliche Befugnis, an Polizei und Staatsanwaltschaft weitergegeben. Seit Anfang des Jahres ist das Verbrechensbekämpfungsgesetz inkraft. Welcome to Manny's brave new world. Fritz Lux

1 Trost bleibt uns:



Spezialdemokraten.

Zu diesem Zeitpunkt gab es schon Flecken in der BRD, die mit dem einen oder anderen Attribut aus Kanthers Schwärmereien & Pollutionen ausgestattet waren (und sind): Bayern rühmte sich des Unterbin-

## Bonner Kriegstreiber wirbeln über Bosnien - Tornados !

Nach dem militärpolitischen Vorspiel des blauhelmgetarnten Bundeswehrrkontingents in Somalia vor einem Jahr sieht die großdeutsche Clique aus CDU/CSU und Teilen der FDP/SPD/BÜ-90-GRÜNE die Zeit gekommen, Deutschland zurückzuführen in den Club der Imperialisten, in dem sich die BRD bisher nur wirtschaftlich betätigen durfte. Jetzt, im Jahre Fünf der Wiedervereinigung, da alles in Butter sei, Deutschland sozusagen in Ruinen auferstanden wie Phoenix aus der Asche, die Asche der Vergangenheit vom Haupte klopfend, jetzt ist's den Reaktionären, Seeheimer Kreislern und Bellizisten mit der Anti-Pershing-II-Vergangenheit gekommen: *Deutschland international handlungsfähig, vollwertiges Mitglied der Weltgemeinschaft, Deutschland - einig*



*Heldenland!*

Warum? *Um sich den Weg freizuhalten zu den Rohstoffquellen dieser Welt, sprach Rüge, Volker zum Volke. Absatzmärkte sichern. Arbeitskraft verfügbar halten für die kruden Produktionsbereiche, die in High-Tech-Germany angeblich keinen Platz mehr haben. Ab und an sitzen da halt Leute auf den Rohstoffquellen, die gehören allerdings nicht zur selbsternannten Weltgemeinschaft, die muß man bomben. Aber das kommt später.*

Jetzt wird erstmal nach Ex-Jugoslawien geflogen und aufgeklärt - wozu haben un-

*sere Jungs denn die beste Radartechnik in den Spitzen ihrer Tornado-Nasen! Und sollen denn immer andere den Kopf hinhalten für unseren Frieden?, sprach der freiwillige Adenauer-Enkel.*

Nein, es soll kein Berufssoldat (warum auch immer er einer geworden ist - bestimmt nicht für'n Balkan) die weiche Birne unter'm Helm hinhalten für das Teile & Herrsche-Spielchen der Genschers und Co.

Da salbadert ein ranghoher (und intellektuell tieffliegender) Militär der "Starken Truppe" von 200000 Mann, die da ran müßten und Schluß. Nur zu: die Zinkwirtschaft wird sich freuen.

### Kein Tornadoeinsatz in Bosnien

!

Nichts ist sinnloser, wenn es denn um Frieden ginge, als mehr Militär nach Bosnien zu schicken. Zu fordern und durchzusetzen ist:

**Unterstützung der pressemäßig  
totgeschwiegenen serbo-kroatischen  
Friedensbewegung**

**Vollständiges, von Nicht-Militärs  
überwachtes Waffen- und  
Treibstoffembargo**

**Produktions- und Ausfuhrkontrolle der  
Waffenschmieden**

**Verurteilung der Waffenhändler zu  
Haft und nicht Bewährung**

**Verfolgung der bekannten  
Kriegsverbrecher**

**Reservisten & Berufssoldaten-  
jetzt nachträglich verweigern !**

**Keine Bundeswehr irgendwo auf  
der Welt - schafft den Dreck ab!**

**Tucholsky hat Recht: "Soldaten  
sind Mörder."**

Wer das nicht glauben will - vor kurzem sah sich ein Gericht genötigt, einen belgischen Fallschirmjäger wegen Mordes an einem Somalier zu verurteilen. Fünf Jahre. Canadische Soldaten waren neulich auch dumm aufgefallen, weil sie ein paar Fotos für's Album von einer Foltersession mit einem Somalier geschossen hatten.

**FUCK THE ARMY**

Harald Strauß

# VIVAN LOS ZAPATISTAS!

## Ein Jahr Befreiungskampf in Chiapas

Nach der Sylvesternacht 1993/1994, in der die Menschen der sogenannten Ersten Welt u.a. den Anfang des 502. Jahres der siegreichen Kolonialisierung, Ausrottung, Unterdrückung und Ausbeutung der indigenen Urbevölkerung Nord-, Mittel- und Südamerikas mit Hektolitern Sekt und Feuerwerkskörpern im Wert von vielen hundert Millionen Mark begossen und beschossen, lagen auf den Straßen der größten Stadt des ärmsten mexikanischen Bundesstaates Chiapas, San Cristobal de las Casas, Flugblätter, die mit den Worten *Basta ya, Basta!* - Genug ist genug! begannen. Zu diesem Zeitpunkt, am frühen Neujahrmorgen, war das Rathaus San Cristobals von IndianerInnen besetzt, der Justizpalast abgebrannt, die Insassen der Gefängnisse frei gelassen, waren große Mengen an Lebensmitteln und Medikamenten von Geschäften und Apotheken „bereitgestellt“ und verteilt worden. Genauso verlief der Neujahrstag in über 40 anderen Städten und Dörfern in Chiapas. Nach zehnjähriger intensiver, geheimer Vorbereitung hatten die Angehörigen des „Ejército Zapatista de Liberación Nacional“ - Zapatistisches Nationales Befreiungsheer (EZLN) zum ersten mal seit über 20 Jahren einen bewaffneten Aufstand gegen das faktische Einparteiensregime der „Partei der institutionalisierten Revolution“ (PRI) gewagt. Inhaltlich lehnen sie sich unter der Leitung von Subcommandante Marcos an die Forderungen der mexikanischen Revolution von 1910 bis 1920 an: Sie wollen leben und arbeiten dürfen, sie wollen demokratische Wahlen und soziale Gerechtigkeit, Land und Freiheit. Die EZLN ist benannt nach einer der Schlüsselfiguren dieser Revolution, nach Emiliano Zapata, dem bedeutendsten Anführer der indianistischen Bauernbewegung.

### Emiliano Zapata und die mexikanische Revolution

Während der dreißigjährigen diktatorischen Präsidentschaft von Porfirio Diaz (von 1876 bis 1880 und von 1884 bis 1910) verschlechterte sich zunehmend die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, vor allem der Landbevölkerung. Durch die forcierte Industrialisierungspolitik der mexikanischen Diaz-Regierung spitzte sich der alte Landkonflikt zwischen kapitalistischen Großgrundbesitzern und traditionellen, zumeist indigenen Dorfgemeinschaften zu. Den Dorfgemeinschaften (ejidos) wurde per Gesetz immer mehr Land entrissen, wodurch ihnen faktisch ihre Existenzgrundlage geraubt wurde. Ziel dieses Gesetzes war es, die Schaffung größerer Anbaugebiete und die Ansiedlung ausländischer Farmer zu ermöglichen. Die Folge war, daß ganze Dörfer von der Bildfläche verschwanden. Die durch das Gesetz geförderte Konzentration des Landes in den Händen weniger und die

Expansion der Plantagen führte dazu, daß fast alle gut bebaubaren Ländereien im Besitz von wenigen Großgrundbesitzern waren, die die enteigneten IndianerInnen zusätzlich noch als billige Arbeitskräfte ausbeuteten.

Im Jahr 1909 trat in dem Dorf Anenecuilco der traditionelle Ältestenrat zurück und Emiliano Zapata wurde zum neuen Vertreter des Dorfes gewählt, da der Ältestenrat sich nicht mehr in der Lage sah, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme bewältigen zu können. Im gleichen Jahr kam es in einigen Dörfern Mexikos zu kleineren Aufständen

vor allem der Yaquis und Mayas gegen das korrupte Diaz-Regime und die mit ihm verbündeten Großgrundbesitzer. Diese Erhebungen, getragen von einem anarchistisch beeinflussten Bündnis aus Indigenas, Landbevölkerung, Intellektuellen und ArbeiterInnenbewegung, stellten quasi unter der Führung von Francisco I. Madero den Auftakt der mexikanischen Revolution dar, welche im Lauf des Jahres 1910 begann

und die zunächst dazu führte, daß Diaz im Mai 1911 zum Rücktritt gezwungen wurde und Madero an die Macht gelangte. Für den Ausbruch der Revolution können vier Gründe angeführt werden: Die Verhärtung des Herrschaftssystems unter Diaz, die Vernichtung der mexikanischen Subsistenzwirtschaft, die Verschärfung der sozialen Ungleichheit und die zunehmende Abhängigkeit Mexikos vom ausländischen Kapital. Jedoch änderten sich die Verhältnisse auch nicht unter Maderos Präsidentschaft. Zapata, der eine Gruppe von meist indigenen Bäuerinnen und Bauern anführte, die Agrarista-Bewegung, erklärte daraufhin die Wahl Maderos für ungültig und forderte die Verteilung von einem Drittel des Landes der Großgrundbesitzer an die arme Bevölkerung. Den Dorfgemeinschaften sollten die traditionellen Ländereien



zurückgegeben werden. Ihre Forderungen nach Reform, Freiheit, Gerechtigkeit und Gesetz, aufgestellt in dem sogenannten „Plan von Ayala“, faßten sie zu der Parole „tierra y libertad“ - Land und Freiheit zusammen.

Durch einen Militärputsch unter der Leitung des Generals Huerta wurde 1913 Madero abgesetzt. Huertas erste Amtshandlung war der Versuch, die revolutionäre Bauernarmee Zapatas durch brutale Repression zu zerschlagen, was ihm aufgrund des großen Rückhalts der Agraristas in der Bevölkerung aber nicht gelang. Gegen das Regime Huertas entwickelten sich in den Jahren zwei Strömungen: die „Constitutionalistas“, unter der Führung des Gouverneurs Venustiano Carranza und die „División



„Das Land denen, die es bebauen!“

del Norte“ unter Pancho Villa, die sich den Forderungen der Agraristas anschloß. In guerillaähnlichen Kämpfen konnten sich vor allem die Agraristas gegen die überlegenen Regierungstruppen behaupten und das Eingreifen der USA führte zur Niederlage Huertas. In einem Konvent von vier Parteien (Carranza, Villa, Zapata und Obregón) wurde übereinstimmend Zapatas Plan von Ayala als politisch-soziales

Programm übernommen und somit die Landfrage zur primär zu lösenden Aufgabe erklärt. Carranza erklärte sich selbständig zum neuen Präsidenten, wurde aber von Villa und Zapata nicht anerkannt, was zu deren Einmarsch mit ihren Armeen in Mexiko-Stadt führte. Da beide aber kein konkretes Programm für die Leitung des Staates vor Augen hatten und die Machtübernahme nicht ihr Ziel war, überließen sie diese Aufgabe Obregon und Carranza, zogen sich selbst aufs Land zurück. 1917 wurde die neue mexikanische Verfassung verabschiedet, die in Artikel 27 die Forderungen Zapatas aufnahm. Im April 1919 wurde Zapata auf Anweisung Carranzas ermordet. 1920 wurde Carranza auf Veranlassung seines Nachfolgers Obregon erschossen. 1923 wurde Pancho Villa von Unbekannten ermordet. An den sozialen Verhältnissen änderte sich in

den folgenden Jahrzehnten nichts, sie verschlechterten sich eher noch zuungunsten der IndianerInnen und der Landbevölkerung. Die Landverteilung wurde meist nur als Herrschaftssicherung der neuen Führungselite genutzt, Regierungsarbeit war stets mit der Förderung privater Interessen verbunden. Regierungsmitglieder verschafften sich per Gesetz teilweise große Ländereien und Reichtümer. Eine der wichtigsten Maßnahmen Zapatas war die radikale Landreform im Bundesstaat Morelos, aus dem er stammte, in den Jahren 1914/15. Haciendas und Plantagen wurden enteignet, das Land an landlose Bauernfamilien verteilt. Im Laufe der Zeit entwickelten sich daraufhin, alten Traditionen folgend, Dorfgemeinschaften mit basisdemokratischen Regierungsformen. Die „Comunas de Morelos“, als sich selbst regierende und verwaltende Dorfgemeinschaften, hatten bis in die späten zwanziger Jahre Bestand. Die Verstaatlichung des Landes, einsetzende Korruption und Erpressung führten dazu, daß die wiedergewonnene Autonomie und der traditionelle soziale Zusammenhalt zerstört wurden.

Die Zapata-Bewegung belegt am deutlichsten die Einordnung der mexikanischen Revolution als Bauernerhebung. Immer bestand zwischen dem Kampfgeist der Zapata-Armee und der gesellschaftlichen Ordnung, für die sie eintrat, eine enge Verbindung. Ihr regionaler Charakter, dem nationale Zielsetzungen fehlten, der Guerilla-Krieg und ihre soziale Herkunft machten ihre Erhebung zu einer typischen Bauernerhebung. Sie erhielten keinen Sold und bewirtschafteten weiter ihre Felder. Kennzeichnend ist auch die Verbindung der indigenen Agrarista-Bewegung mit der katholischen Kirche, die sich in Südmexiko stark für die Interessen der Landbevölkerung einsetzte (Theologie der Befreiung). Zapatas Programm sah die bewaffnete Besitzergreifung und Verteidigung von Eigentum durch die traditionellen Dorfgemeinschaften vor, sowie die Neubeschaffung von Gemeinschaftsbesitz für die Dörfer. Außerdem forderte er soziale Gleichheit für die indigenen Gruppen, soziale Verbesserungen für das städtische Proletariat und die Schaffung eines für alle zugänglichen Schulsystems und öffentlicher Dienste. Politische Machtambitionen oder die Übernahme von Regierungsaufgaben lagen den Agraristas fern, da es ihnen primär um die Wiederherstellung ehemaliger subsistenzwirtschaftlicher und auf Selbstorganisation abzielender sozialer Zustände ging.

„Nicht der utopische Griff nach einem neuen gesellschaftlichen Zustand, sondern die Verteidigung einer örtlichen, traditionellen Besonderheit gegen eine als negativ empfundene kapitalistische Modernisierung wurde zum auslösenden Moment und Motor der agrarischen Revolution.“

### Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Chiapas und Mexiko

Wer die Verhältnisse in Mexiko und besonders im Bundesstaat Chiapas auch nur ein bißchen kennt, wurde durch den Aufstand im Januar 1994 kaum überrascht. Ein sehr großer Teil der mexikanischen Bevölkerung lebt in extremer Armut, ein Drittel der Kinder erhält nicht

einmal eine elementare Grund- schulbildung, die Menschen werden ohne Entschä- digung aus ihren Häusern und von ihren Grund- stücken vertrieben, immer mehr Menschen sind in den letzten Jahren immer stärker verarmt und wurden an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Die Einkommensverteilung Mexikos gehört zu den ungerechtesten ganz Lateinamerikas, und die Ein- kommenschere geht immer weiter auseinander. Die Zahl der extrem Armen hat sich in der Re- gierungszeit des Präsidenten Salinas, der bei den Wahlen im Sommer 1994 nicht wieder gewählt wurde, verdoppelt. Zehn Prozent der Reichsten verfügen über rund vierzig Prozent aller Ein- kommen. Während das Durchschnittseinkommen in Mexiko zwischen 1987 und 1990 um vier- einhalb Prozent gestiegen ist, ist das Einkommen der nicht-professionellen ArbeiterInnen um fünf Prozent gesunken. Der reale Mindestlohn betrug 1992 nur noch ein Drittel des Mindestlohnes von 1975.

Ein Beispiel: Amparo Garcia Ruiz lebt (?) in dem Elendsviertel San Miguel de Teotango am Rand von Mexiko-Stadt. Sie arbeitet als Hausmädchen. „Rund 340 Pesos verdient sie im Monat, das sind knapp 200 Mark.

Davon leben sie, ihre Kinder Hugo, Luis, Antonio, Ana und Gabriela mit ihren drei kleinen Söhnen. Zwei andere Töchter hei- rateten mit 13 und 14 Jahren, 'dann mußte ich sie nicht mehr ernähren', sagt Senora Garcia Ruiz. Ihr Mann hat die Familie vor vielen Jahren verlassen. Seit neun Jahren wohnt Ampara Garcia Ruiz mit den Kindern in ihrer rund zwölf Quadratmeter kleinen Hütte.“

Schätzungen gehen davon aus, daß jeden Monat rund zwanzig- bis dreißigtausend Menschen in die Elendsviertel der Hauptstadt strömen. Der Grund für die Landflucht ist: Die Verarmung schreitet bei der Landbevölkerung schneller als ohnehin schon voran. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung und die damit verbundene Öffnung des

mexikanischen Marktes zerstören billige Im- porte die Absatzmöglichkeiten der mexikanischen Landwirtschaft. Die geringe Produktivität der mexikanischen Landwirtschaft, ihre daraus resul- tierende Konkurrenzunfähigkeit mit den kapita- listischen Weltmarktesetzen, sowie die Kredit- verweigerung an die mexikanischen Bäuerinnen und Bauern führen dazu, daß die Landbevölkerung dazu gezwungen ist, ihr Land zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Dies war bis vor kurzem nicht mög- lich, da den Bauern und Bäuerinnen durch die Verfassung „uneingeschränkte“ Nutzungsrechte zugestand. Dieses Relikt der Landreform wurde nun im Zusammenhang mit dem nordameri- kanischen Freihandelsabkommen NAFTA abge- schafft. Ganze Landstriche und Dörfer sind mittlerweile verlassen und führen zu den schon erwähnten Menschenströmen in die

Elendsviertel. Für viele ist das die letzte Möglichkeit überhaupt zu überleben. Meistens sind es jedoch nur die Männer, die während der Saison auf den nord- mexikanischen Plantagen, irgendwo in größeren Städten oder in den südlichen USA Unterschlupf finden. Sie verlassen ihre Familien, wie in dem genannten Beispiel. Ein weiteres Beispiel ist das kleine Dorf Bellavista. Hier gibt es kaum noch Männer. Nach Bellavista führt keine ausgebaute Straße, es gibt keine Wasserleitungen und keine Kanalisation, keine Stromversorgung. Die Frauen des Dorfes stehen allein vor der Aufgabe, die ganze Familie zu ernähren. Sie müssen die Haus- und Gartenarbeit und auch noch Bewirtschaftung der Felder allein bewältigen. Ein weiterer Nachteil ist, daß die Frauen nicht die Landrechte der Männer über- nehmen können und dadurch nicht kreditwürdig sind. Maruja Gonzalez, Direktorin der Frauenorganisation EMAS: Die Frauen „sind die Haupt- leidtragenden der Verarmung auf dem Land. Der Arbeitstag der Frauen ist unglaublich: Sie stehen um drei Uhr morgens auf und arbeiten oft bis neun, zehn Uhr abends durch.“

Besonders extrem sind die sozialen Gegensätze in den indianischen Regionen Mexikos. In dem südwestlichen



Bundesstaat Chiapas sind rund 80 Prozent der Bevölkerung IndianerInnen. Zwar ist Chiapas der größte Stromproduzent Mexikos, hier wird rund die Hälfte des Stroms von ganz Mexiko erzeugt, aber nur ein Drittel der Häuser hat e i n e n Stromanschluß. Mehr als 60 Prozent der Chiapa- neken verfügt nur über den Mindestlohn von um- gerechnet

knapp sechs Mark täglich oder weniger. Mehr als ein Drittel der Wohnungen besteht nur aus einem Raum, in dem fünf Personen oder mehr leben. Die IndianerInnen leben fast ausschließlich von der Subsistenzwirtschaft und bearbeiten gemeinsam nur wenige Hektar Land, oft an fast unzugänglichen Steilhängen und Straßenrändern, da ihnen anderes Land nicht zur Verfügung steht. Meist arbeiten sie zusätzlich als Saisonarbeiter- Innen in Großbetrieben und auf Plantagen.

Der indianische Teil der Bevölkerung ist von der zunehmenden Verelendung also am stärksten be- troffen. Hinzu kommt, daß Rassismus in Mexiko zum Alltag gehört. IndianerInnen haben kaum die Möglichkeit, ihre Tradition, Sprache und Kultur zu erhalten. Die politischen Menschenrechte werden permanent mißachtet. Willkürliche Ver- haftungen, Folter, Erschießungen, unrechtmäßige

Verurteilungen und „Verschwindenlassen“ stehen unverändert auf der Tagesordnung von Polizei, Militär und Justiz. Klagen und Empfehlungen nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen werden mißachtet. Unglaublich: Die Exekutivkräfte können für Menschenrechtsverletzungen kaum belangt werden, da sie per Gesetz unter das Immunitätsrecht fallen. „Bisher sei niemand für Folterungen strafrechtlich verurteilt worden, obwohl es in vielen Fällen lückenlose Beweisketten und Empfehlungen der staatlichen Menschenrechtskommission gäbe.“

Der am 1. Januar 1994, dem ersten Tag des Aufstands, in Kraft getretene Freihandelsvertrag NAFTA zwischen den USA, Canada und Mexiko wird die wirtschaftliche und soziale Lage der ohnehin schon am Existenzminimum lebenden Menschen in Mexiko noch verschlechtern.

#### Die EZLN und der Aufstand 1994

„Wir sind das Produkt von 500 Jahres Kampfes ... Wir sind miserabel ausgerüstet und können als Kanonenfutter erhalten, während der Reichtum unseres Landes geplündert wird. Es kümmert niemand, daß wir nichts haben, absolut nichts, nicht einmal ein Dach über dem Kopf, kein Land, keine Arbeit, keine Gesundheitsversorgung, kein Essen, keine Bildung. Wir sind auch nicht frei, und können auch unsere politischen VertreterInnen nicht demokratisch

Nation. Wir Enteignete, wir sind Millionen und deshalb rufen wir unsere Brüder und Schwestern auf, sich zusammenzutun in diesem Widerstandskampf, als dem einzigen Weg, um nicht des Hungers zu sterben, durch die Schuld des unersättlichen Ehrgeizes einer siebzigjährigen Diktatur, angeführt von einer Gruppe von Verrätern, die die konservativste Schicht repräsentieren. ... An das Volk von Mexiko: Wir, Männer und Frauen, betroffen und frei, sind uns bewußt, daß der von uns erklärte Krieg unser letztes Mittel, aber auch ein gerechtfertigtes Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen unerklärten, völkermordenden Krieg gegen unsere Leute. Deshalb fordern wir Euch auf, macht mit, fällt Eure Entscheidung, dieses Konzept des Kampfes um Arbeit, Land, Wohnraum, Nahrung, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden mitzutragen. Wir erklären, daß wir nicht aufhören, zu kämpfen, ehe die grundlegenden Forderungen unserer Leute durch die Bildung einer freien und demokratischen Regierung erfüllt wurden.“ (aus der Erklärung der EZLN vom 1.1.94)

Schon in der Zeit vor dem 1.1.94 kam es in Chiapas wiederholt zu kleineren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen landlosen Campesinos und Großgrundbesitzern, wehrten sich die Landlosen mit Demonstrationen und Landbesetzungen gegen die Privatisierung und Konzentration des Bodens. Anzunehmen



wählen, sind auch nicht unabhängig von Fremden, es gibt hier keinen Frieden und keine Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder.

Aber heute sagen wir GENUG ist GENUG. Wir sind die Erben und Erben der wahren GründerInnen unserer

ist, daß, obwohl die EZLN erst im Januar 1994 offiziell in Erscheinung trat, auch diese kleineren Kämpfe mit ihr in Zusammenhang stehen. Der CIA hatte schon Monate vor dem Aufstand die mexikanische Regierung vor einer geheimen Guerilla in Süd-mexiko gewarnt. Seit über fünf

Jahren fand dort deshalb eine von den USA mitfinanzierte Militarisierung statt, die sich in der öffentlichen Darstellung gegen den dortigen Drogenhandel richtete, v.a. aber dazu gedacht war und ist, Flüchtlinge aus Süd- und Mittelamerika zurück-zuhalten. Schon im Frühjahr 1993 wurden in Chiapas Regenwaldgebiete mit Helikoptern bombardiert und Dörfer von fast 2000 Soldaten mit Panzern und Spezialfahrzeugen nach eventuell dort versteckten Guerilleros durchsucht.

Die Kriegserklärung der EZLN vom Januar 1994 richtete sich nicht nur gegen die mexikanische Regierung, sondern auch gegen die Großgrundbesitzer, die seit Jahrzehnten gewaltsam und ungestraft gegen die Campesinos vorgehen, beständig ihren Besitz vergrößern und vor keinem gewaltsamen Mittel zurückschrecken, um die politische und ökonomische Macht in ihren Händen zu behalten. Das am 1. Januar 94 in Kraft getretene NAFTA-Abkommen wird von den Zapatisten als Todesurteil für die indigene Bevölkerung betrachtet, während sich internationale Konzerne goldene Nasen verdienen.

Sofort nach Beginn des Aufstandes reagierte die Regierung wie gewöhnlich auf drei Ebenen: Gewalt, Desinformation und Einschüchterung. Offiziell gab sie vor, an einem Dialog und einer friedlichen Lösung interessiert zu sein, gleichzeitig ging sie brutal mit Bombenangriffen und tausenden von Soldaten gegen die Aufständischen und die Zivilbevölkerung vor. Ihre politische Inkompetenz bewies die mexikanische Regierung auch dadurch, daß sie zunächst durch plumpe Desinformationskampagnen versuchte, die Aufständischen in der Weltöffentlichkeit zu diffamieren. Anstatt die Brisanz der wirklichen Lage auch nur verstehen zu wollen, faßten sie den Aufstand als persönlichen Affront auf, verursacht von ein paar versprengten Kriminellen, und reagierten mit der ganzen ihnen zur Verfügung stehenden Härte. Gegen die Zivilbevölkerung wird unterdessen noch ein anderer Krieg geführt, als der militärische: der psychologische. Die dauernde Präsenz der Armee und die ständigen Tiefflüge der Kampfflugzeuge erscheinen der Bevölkerung als Vorboten erneuter Massenverhaftungen und erneuter Bombardements. Gerüchte über angebliche Greuelthaten der Aufständischen und zu erwartender Angriffe und Plünderungen werden gezielt verbreitet. Die Umstellung der Dörfer (teilweise sind Dörfer mit einigen hundert EinwohnerInnen von ebenso vielen Soldaten belagert) und die Drohungen gegenüber den BewohnerInnen, sie könnten mit Guerilleros verwechselt und erschossen werden, halten die Menschen davon ab, ihrer Arbeit nachzugehen. Keine/keiner in Chiapas weiß, zu welchem Zeitpunkt, aus welchem Grund und mit welchen Folgen er oder sie verhaftet werden kann. Durch Einschüchterungen und Drohungen wird versucht, die Bevölkerung gegen die Aufständischen aufzubringen.

Hervorgegangen ist die EZLN wahrscheinlich aus dem Bündnis „Kräfte der Nationalen Befreiung (FLN)“ als dessen „militärischer Arm“ - wahrscheinlich im Jahr 1983. Aufgrund der vergleichbaren Situation heute und zu Zeiten der mexikanischen Revolution, sieht sich die heutige zapatistische Befreiungsbewegung in der Tradition der damaligen bäuerlichen Protestformen Süd-mexikos und knüpft auch inhaltlich -programmatisch sowie von ihrer

Organisationsform an diese an. Damals wie heute geht es nicht um die Machtübernahme, sondern es wird gekämpft um Freiheit, Land, Arbeit, Menschenrechte und um die Erhaltung der traditionellen indianischen und ländlichen Kultur. Die Schätzungen der Zahl der aktiven AnhängerInnen der EZLN schwanken zwischen 1500 und fast 10000. Sicher ist jedenfalls, daß die Zahl der SympathisantInnen in ganz Mexiko weit aus größer ist, v.a. unter dem indigenen Teil der Bevölkerung. Innerhalb der eigenen Strukturen ist die EZLN ständig darum bemüht, Entscheidungen und Organisation nach basisdemokratischen Prinzipien zu regeln. Der auf Zusammenarbeit und gegenseitige Anerkennung ausgerichtete Umgang mit den nationalen und internationalen Medien und Organisationen, sowie die unanzweifelbare Legitimität ihrer Forderungen und ihrer Kritik an den verhärteten politischen Strukturen dokumentieren die politische Kompetenz der EZLN-Führung und die spezifische Qualität ihrer Strategie. Auch dies ist ein Grund für die seit Januar 1994 ständig wachsende Anerkennung in der mexikanischen Bevölkerung. Immer mehr Parteien führen interne Diskussionen über die Haltung gegenüber der EZLN und eine große Anzahl nationaler und internationaler Organisationen unterstützt bereits direkt oder indirekt ihre Forderungen. Zwar verfügen die Guerilleros nur über relativ schlechte Waffen - die meisten sind mit einfachen Gewehren, Macheten oder Holzgewehren ausgerüstet - jedoch soll ihre geheime Infrastruktur aus über fünfzehn Trainingslagern im lacandonischen Regenwald, über Gesundheits- und Versammlungszentren und mehreren mobilen Radiostationen verfügen. Die politische Linie der EZLN ist für Lateinamerika praktisch völlig neuartig. Ziel des Aufstands ist, wie gesagt, weder die Machtübernahme, noch ein militärischer Sieg. Sie versteht sich selbst als „bewaffneter Arm des mexikanischen Volkes“ zur Durchsetzung der Forderungen nach Demokratie und Gerechtigkeit. Gewalttätige Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, wie es häufiger schon bei anderen Guerillabewegungen vorgekommen ist, wurden im Fall der EZLN bisher nicht bekannt und sind aller Voraussicht nach nicht zu erwarten. Dies widerspricht völlig ihrem Selbstverständnis und im Gegensatz zur mexikanischen Armee hielt sich die EZLN bisher strikt an die Waffenstillstandsabkommen. Der so geartete „bewaffnete Reformismus“ hat also nicht eine militärische Lösung des Konflikts vor Augen, sondern es geht ihm primär um die Aufhebung der extremen sozialen und politischen Ungerechtigkeit. Eine politische Lösung ist dazu der einzige Weg und wird auch von der EZLN angestrebt. Jedoch muß die Forderung nach verfassungsgemäßer Demokratie und Gerechtigkeit gegen eine diktatorisch regierende, illegitime Regierung durchgesetzt werden. Zur Zeit tritt als Führungsperson der EZLN v.a. „Subcommandante“ Marcos an die Öffentlichkeit. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die Führung der Zapatistas aus einer relativ großen Gruppe besteht, von der vermutlich ein Teil in Chiapas aktiv in die Aktionen eingespannt ist, während ein anderer Teil sich in Chiapas oder anderen Teilen Mexikos in Sicherheit befindet. Als sicher gilt ebenfalls, daß der Kern der